

Züri kann mehr

In dieser Ausgabe interviewt Claudia Simon die beiden FDP-Gemeinderatsmitglieder aus dem Kreis 10, Martina Zürcher und Andreas Egli.



Andreas Egli und Martina Zürcher im temporären Gemeinderatssaal in der Messe Zürich. (Foto: zvg)

Martina, du hast in einem Blog geschrieben «Zürichs Schilderwald wächst kräftig».

Was stört dich an der städtischen Beschilderung?

Es kommen immer neue Schilder dazu, neben unzähligen 30er-Tafeln, beispielsweise auch viele Halteverbotstafeln. Es werden aber kaum Schilder entfernt. Dies ist nicht nur optisch unschön, sondern auch gefährlich: Es führt zu verwirrenden Situationen. Zudem stehen die Schilder und Tafeln teils mitten auf dem Trottoir. Bei den Schildern sollte es so wie zuhause sein: Alle paar Jahre sollte man alles ausräumen und ausmisten.

Andi, Züri kann mehr, das behauptet die FDP auch, wenn es um Ladestationen von Elektroautos geht

Die Stadt Zürich ist zu 100 Prozent

mit erneuerbarem Strom versorgt. In der Stadt sind 134000 Autos immatrikuliert. In wenigen Jahren könnte diese Autoflotte deutlich umweltfreundlicher elektrisch unterwegs sein. Allerdings stehen lediglich 117 öffentliche Ladestationen zur Verfügung und die Stadt meint: «Nein, wir machen da nicht mehr.» Dabei sagen 80 Prozent der Befragten in einer Umfrage, dass sie wegen unzureichender öffentlicher Ladestationen vom Kauf eines Elektrofahrzeugs absehen – und halt erneut einen Diesel oder Benzinler anschaffen. Die Stadt arbeitet lieber daran, mit immer mehr Personal immer weniger Parkplätze zu kontrollieren, anstatt sich Gedan-

ken über eine zukunftstaugliche Mobilität zu machen.

Wie siehst du das, Martina?

Das hat schon was. In der Stadt Zürich ist die Bevölkerung seit 2008 um 17 Prozent gewachsen, der Personalaufwand in der Stadtverwaltung jedoch um 30 Prozent. Eigentlich sollten ja durch Effizienzgewinne zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner pro Kopf weniger Kosten verursachen. Der Aufwand darf doch nicht überproportional wachsen, und dann spürt die Bevölkerung nicht einmal einen Mehrnutzen. Es ist auch klar, dass mehr Kinder mehr Lehrpersonen benötigen, aber man fragt sich schon, wo-

zu die Stadt in den letzten Jahren alle diese zusätzlichen Projektleiter und gutbezahlten Koordinatoren und so weiter angestellt hat.

Andreas Egli: Die Stadtverwaltung hat ein Ausmass und eine Komplexität angenommen, die effizienter Arbeit im Weg steht. Das zeigt sich auch im Wohnungsbau: Seit 2010 sind 50000 Menschen zusätzlich in die Stadt gezogen. Nur 792 Wohnungen hat Rotgrün in dieser Zeit erstellt. Dagegen wurden 3258 Wohnungen von Genossenschaften und 12045 vom privaten Sektor gebaut. Rotgrün profiliert sich seit Jahren damit, den privaten Sektor zu verunglimpfen und ihn für die angebliche Wohnungsnot verantwortlich zu machen. Dabei war es der private Sektor, der die Wohnungen bereitstellen konnte, um das Bevölkerungswachstum zu meistern. Man stelle sich vor, der private Sektor hätte in den letzten zehn Jahren keine Wohnungen gebaut: Es würden 12000 Wohnungen fehlen. Die Mietpreise wären durch die Decke gegangen. ■

Aus dem Kantonsrat: Stärkung des dualen Bildungssystems

Da 2015 das neue Hochschulförderungsgesetz auf Bundesebene eingeführt wurde und weil die Bologna-Reform mit dem Kreditpunktesystem (ECTS) personalrechtliche Auswirkungen hat, wurde die Änderung des Hochschulgesetzes nötig. Durch die Änderung soll sich den Fachhochschulen die Möglichkeit bieten, sich in der zukünftigen Bildungslandschaft durchzusetzen und gute Ausbildungen für die angewandten Wissenschaften anzubieten.

Die wichtigste Änderung betrifft die Zusammensetzung der Personalkategorien. Die beratende Kantonsratskommission hat dabei zwei wesentliche Änderungen gegenüber der Vorlage des Regierungsrates gemacht. Erstens wurden die Assistentinnen und Assistenten als Personalkategorie eingefügt, da an der ZHAW zirka 15 Prozent der Mitarbeitenden in dieser Personalkategorie tätig sind und sie in der Kategorie des technischen Personals

nicht ideal aufgehoben sind. Und zweitens wurden für die neu geschaffene Personalkategorie der Professorinnen und Professoren die Anforderungskriterien spezifiziert, die im Reglement für den Titel der Professorin, des Professors aus dem Jahr 2010 so nicht enthalten sind.

Als Grundsatz diene, dass die Fachhochschulen die Universitäten und die ETH als Hochschulen für angewandte Wissenschaften ergänzen sollten. Wie bisher soll der Fachhochschulrat die Professorinnen und Professoren ernennen.

Professur auch mit Fachhochschulabschluss

FDP und GLP regten an, die Berufserfahrung für Professorinnen und Professoren auf mindestens fünf Jahre einschlägige Praxiserfahrung zu erhöhen. Bis anhin waren es drei Jahre. Und als zweiten Punkt wollten die beiden Parteien verankert haben, dass eine Hochschulausbildung oder

ein gleichwertiger Abschluss als Grundlage für einen Professorinnen- oder Professorenposten dienen soll. Daraus folgt, dass ein erfolgreiches Absolvieren einer Fachhochschule als Grundlage für den Professorinnen- und Professorenposten an einer Fachhochschule genügen soll, also auch ein Bachelor-Abschluss oder das alte FH- oder HTL-Diplom. Im aktuellen Reglement wird als Hochschulabschluss der Master als Grundlage genommen sowie weitere Kriterien, wie Promotion oder Habilitation. Es ist für eine Fachhochschule wichtig, dass auch Absolventinnen und Absolventen dieser Schulen Professorinnen oder Professoren werden können, wenn sie sich eigenen. Es braucht Professorinnen und Professoren, die mit einer Lehre ins Berufsleben gestartet sind. Diese Änderungen der Kommission stärken das duale Bildungssystem der Schweiz und werden nächstens verabschiedet. ■



Alexander Jäger
Kantonsrat
FDP

Redaktionelle Beiträge von

FDP
Die Liberalen

FDP Kreis 10
8049 Zürich
Telefon 078 773 25 49
martina.zuercher@fdp-zh10.ch
www.fdp-zh10.ch